

DAS DOKUMENT

Beschlüsse der Bundesjugendkonferenz

1. Entschließung

zur Frage der Wiedervereinigung

Der folgende Initiativantrag des Bundesjugendausschusses des DGB wurde von der 4. Bundesjugendkonferenz mit allen gegen fünf Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen.

Die zum 1. Mai 1957 veröffentlichte Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Wiedervereinigung Deutschlands hat über die Gewerkschaften hinaus starke Beachtung gefun-

den und die Hoffnung geweckt, daß von ihr neue Initiativen in der festgefahrenen Ost-West-Situation ausgehen würden.

Leider hat sich diese Hoffnung nicht bestätigt. Die SED-Regierung hat durch die von ihr verfügbaren verschärften Reisebeschränkungen die bis 1957 noch zugelassenen menschlichen Begegnungen der Bewohner West- und Mitteldeutschlands fast unmöglich gemacht.

Die durch die Zonengrenze getrennte Bevölkerung Deutschlands ist mehr denn je darauf angewiesen, ihre Kenntnisse über die Verhältnisse „jenseits des Vorhanges“ jeweils aus politisch gefärbten Informationsquellen zu beziehen. Das so entstehende Bild entspricht nicht immer der Wirklichkeit.

Der Bundesvorstand sollte diese neue Situation zum Anlaß nehmen, den Teil III der Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung vor allem unter dem Gesichtspunkt zu überprüfen, ob sich trotz der sowjetzonalen Abriegelungs- und Kontrollmaßnahmen nicht doch noch Begegnungen ermöglichen lassen, damit die menschliche Brücke zwischen den Bewohnern West- und Mitteldeutschlands nicht völlig zerstört wird. Darüber hinaus sollte der Bundesvorstand untersuchen, welche besseren gewerkschaftseigenen Möglichkeiten geschaffen werden können, objektives Informationsmaterial über die Sowjetzone zu sammeln und die gewerkschaftliche Mitgliedschaft regelmäßiger und intensiver zu informieren.

Die Gewerkschaftsjugend achtet die Beschlüsse und Erklärungen des DGB. Sie begrüßt jedoch Treffen junger Menschen aus West- und Mitteldeutschland, bei denen die Bevormundung durch offizielle Organe unterbleibt. Die Teilnahme an Propagandatreffen lehnt die Gewerkschaftsjugend nach wie vor ab.

Der Bundesvorstand wird gebeten, folgende Vorschläge ernsthaft zu überprüfen:

1. Orts- und Kreisjugendausschüsse des DGB sollten in offenen Briefen Einladungen an Betriebsjugendausschüsse mitteleuropäischer Betriebe schicken, um nicht bevormundete Begegnungen zu ermöglichen. Die dabei hergestellten Kontakte sollten für Gegenbesuche ausgenutzt werden.

2. Qualifizierte gewerkschaftliche Jugenddelegationen sollten, wenn sie eingeladen werden, den Kontakt mit betrieblichen Jugendausschüssen in der Zone aufnehmen.

3. Zu Ferienlagern der Gewerkschaftsjugend sollten junge Arbeitnehmer aus mitteleuropäischen Betrieben eingeladen werden.

4. Auf Kosten des DGB sollte versucht werden, eine Studiengruppe der Gewerkschaftsjugend nach Mitteldeutschland zu schicken unter der Bedingung, daß sie sich völlig frei bewegen kann und nicht gezwungen wird, an irgendwelchen Propagandaveranstaltungen teilzunehmen.

5. Der Bundesjugendausschuß wird beauftragt, darüber hinaus Vorschläge zu erarbeiten und dem Bundesvorstand zu unterbreiten, die es jungen Gewerkschaftern aus der Bundesrepublik ermöglichen, legale Reisen und Wanderungen nach Mitteldeutschland durchzuführen. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, daß für solche Reisen Genehmigungen bei den dafür zuständigen Stellen in Mitteldeutschland einzuholen wären.

6. Literatur, gewerkschaftliche Jugendzeitschriften und sonstiges Informationsmaterial über gewerkschaftliche Tugendarbeit sollten in verstärktem Ausmaß an Betriebsjugendausschüsse Mitteldeutschlands verschickt werden. Darüber hinaus sollte ein Austausch derartigen Materials angestrebt werden.

7. Kinder und Jugendliche aus allen Teilen Mitteldeutschlands sollten von den Gewerkschaften zu einem Ferientaufenthalt in die Bundesrepublik eingeladen werden, damit sie auch die Menschen, Städte und Landschaften Westdeutschlands kennenlernen können.

8. Der DGB und seine Gewerkschaften sollten mehr Einfluß darauf nehmen, daß die Betreuung der Jugendlichen in den Flüchtlingslagern verbessert wird und daß besonders das berufliche Fortkommen und die gesellschaftliche Eingliederung der Jugendlichen mit mehr Verständnis und größerer Hilfsbereitschaft gefördert werden.

Die Bundesjugendkonferenz erwartet vom Bundesvorstand, daß er diese Vorschläge der Gewerkschaftsjugend ernsthaft erwägt und entsprechende Maßnahmen trifft, damit trotz aller Schwierigkeiten die Begegnungen junger Arbeitnehmer beider Teile Deutschlands nicht ganz abreißen und gewerkschaftseigene objektive Informationen über die Situation in Mitteldeutschland ermöglicht werden.

Die Gewerkschaftsjugend fühlt sich zu dieser neuen Initiative verpflichtet, weil für sie die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit kein Lippenbekenntnis ist, sondern ein ernsthaftes Anliegen, für das sie sich einsetzen wird, bis das neue demokratische, freiheitliche und soziale Deutschland geschaffen ist.

2. Entschließung zur politischen Situation

Der folgende Initiativantrag wurde von der 4. Bundesjugendkonferenz mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Nach einem Jahrzehnt des Wettrüstens, der ständigen Zuspitzung der Gegensätze scheint sich bei den Großmächten die Einsicht durchzusetzen, daß die brennenden politischen Fragen nur durch Verhandlungen aus der Welt geschafft werden können und geschafft werden müssen.

Dadurch ist auch die deutsche Frage in ein neues Stadium eingetreten. Es wäre Aufgabe der Bundesregierung, gerade in diesem Augenblick die Annäherung der Großmächte mit allen Mitteln zu fördern und mit vernünftigen Vorschlägen zur Wiedervereinigung Deutschlands hervorzutreten.

Die 4. Bundesjugendkonferenz des DGB stellt aber mit Bedauern fest, daß die verantwortlichen Mitglieder der Bundesregierung sich allen westlichen Entspannungsversuchen entgegenstellen, alle Pläne zur stufenweisen Wiedervereinigung ablehnen und dadurch nicht nur dem Weltfrieden, sondern auch der deutschen Einheit einen schlechten Dienst erweisen. Durch diese Haltung wird auch die bevorstehende Genfer Außenministerkonferenz schwer belastet.

Vielen deutschen Unternehmern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß ihnen diese Politik willkommen ist, weil sie in der Rüstungsindustrie ein brauchbares Mittel zur Belebung ihrer Geschäfte erblicken. Die Verflechtung von Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik wird dadurch wieder einmal deutlich gemacht.

Darum sind die Delegierten der 4. Bundesjugendkonferenz des DGB der Überzeugung, daß eine Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch eine Neuordnung weiter Teile unserer Wirtschaft im Sinne des Münchener Grundsatzprogramms und durch die Verwirklichung des Aktionsprogramms des DGB möglich ist.

Eine gerechte, auf dem Gemeineigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, auf demokratischer Planung und voller Mitbestimmung der Arbeitnehmer beruhende Gesellschaftsordnung in Deutschland bietet die beste Garantie für eine friedliche Entwicklung in Europa.

Deshalb bekräftigt die 4. Bundesjugendkonferenz des DGB die Forderung des Münchener Programms. Sie erwartet von der Bundesregierung, daß sie der gefährlich angewachsenen Machtzusammenballung Einhalt gebietet, die Demokratisierung der Wirtschaft betreibt und

ihre Außenpolitik auf die Verminderung der Gegensätze zwischen Ost und West konzentriert.

Die 4. Bundesjugendkonferenz ist der Auffassung, daß die Jugend in der Bundesrepublik nur dann Vertrauen in den demokratischen Staat haben kann, wenn die Bundesregierung beweist, daß sie gewillt ist, im Inneren eine Politik des Ausgleichs der sozialen Gegensätze im Interesse der großen Mehrheit des Volkes und nach außen eine Politik der Verständigung, der Abrüstung und der friedlichen Annäherung der Völker zu betreiben. Nur durch eine solche Politik kann auch die Jugend zur aktiven Beteiligung am demokratischen Leben angespornt und gegenüber den Feinden der Demokratie von „Rechts nach Links“ immun gemacht werden.

Als Grundlage für die militärische Entspannung und die Sicherung des Friedens sind alle Verhandlungen zu unterstützen, die zur Bildung einer militärisch verdünnten Zone, zum Abzug der Besatzungstruppen, zum Verzicht auf nukleare Waffen, zur Auflösung der Militärblöcke und zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit führen.

Nur so können wir der drohenden Kriegsgefahr begegnen, den Frieden und die Demokratie erhalten.